

Herrenberg, 23.02.2023

Pressemitteilung

Iran setzt Christen an der Seite Israels auf Sanktionsliste

Der Iran hat seine Sanktionsliste um weitere europäische Organisationen, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft erweitert. Auf der Liste befindet sich auch die internationale Organisation Christians for Israel (C4I) zu der auch der deutsche Ableger Christen an der Seite Israels (CSI) gehört.

Wie das iranische Außenministerium am Dienstagabend mitteilte, seien weitere „natürliche und juristische Personen des Regimes der EU und des Vereinigten Königreichs“ mit Sanktionen belegt worden. Zur Begründung hieß es, die Betroffenen unterstützten „Terrorismus und terroristische Gruppen“. Sie würden dazu „ermutigen, sich in die inneren Angelegenheiten der Islamischen Republik Iran einzumischen, Gewalt und Unruhen im Iran schüren, falsche Informationen über den Iran verbreiten und sich an der Verschärfung der grausamen Sanktionen gegen das iranische Volk als Wirtschaftsterrorismus beteiligen“.

Weiter heißt es in der Mitteilung, Teheran „verurteile die Handlungen der EU und des Vereinigten Königreichs, die die zerstörerischen Aktivitäten der oben genannten Personen und Organisationen unterstützen.“

Der 1. Vorsitzende von CSI, Luca Hezel, erklärte zu der Auflistung: „Wer auf der Sanktionsliste des größten Feindes Israels landet, muss einiges richtig gemacht haben. In diesem Zusammenhang verstehen wir die Auflistung unserer Organisation als Auszeichnung und sehen darin eine Anerkennung der Wirksamkeit unserer wichtigen Arbeit an der Seite Israels.“

Auf der Liste finden sich neben Christians for Israel auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, die Lobbyorganisation European Coalition for Israel, die ThyssenKrupp Marine Systems GmbH sowie verschiedene Bundestagsabgeordnete. Unter ihnen sind der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth (SPD), der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss, Roderich Kiesewetter sowie die Parlamentarierin Renata Alt (FDP).

Wer auf der Sanktionsliste des Iran steht, darf nicht mehr in die Islamische Republik einreisen oder sich mit offiziellen iranischen Vertretern treffen. Zudem werden Vermögenswerte und Konten der Betroffenen im iranischen Hoheitsgebiet gesperrt.

Der Iran reagierte damit auf Maßnahmen durch die Europäische Union. Diese hatte am Montag iranische Staatsvertreter, Einzelpersonen und Organisationen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen mit Sanktionen belegt.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Dana Nowak, Redaktionsleitung: dana.nowak@csi-aktuell.de